

Europäisches Jahr unter dem Motto „Mit neuem Mut“

Armutsbekämpfung in den politischen Fokus rücken

Das Europäische Jahr (EJ) steht 2010 unter dem Motto „Mit neuem Mut“. Es soll dazu beitragen, die soziale Dimension Europas zu stärken und Armutsbekämpfung in den politischen Fokus zu rücken. Die deutsche Auftaktveranstaltung mit Vorstellung der geförderten Projekte war ein erster Schritt in diese Richtung.

In Deutschland werden im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung 40 Projekte von Initiativen und Verbänden gefördert, die ein Zeichen gegen Armut setzen wollen. Das Fördervolumen beträgt rund 1,4 Millionen Euro. Beworben hatten sich ursprünglich 842 Projekte.

„Kippt der soziale Ausgleich, kippt auch die Demokratie“

Bei der deutschen Auftaktveranstaltung betonte der Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, Dr. Wolfgang Gern, dass das Europäische Jahr genutzt werden müsse, um mit neuem Mut gegen Armut anzugehen. Angesichts einer rapide steigenden Armutsquote in Deutschland (11 Prozent Betroffene, jedes fünfte Kind) wünsche er sich „Widerborstigkeit, wo man auch seicht sein könne“. Er forderte, den Sozialstaat nicht „kleinzureden“ und betonte die Worte Heinemanns: „Kippt der soziale Ausgleich, kippt auch die Demokratie.“ Gern drängte auf eine Gesamtstrategie zur Armutsbekämpfung. Für das Europäische Jahr 2010 formulierte er fünf Handlungsfelder:

1. einen Weckruf an die Öffentlichkeit senden

2. Ausgrenzung und Ohnmacht bei von Armut betroffenen Kindern
3. Menschenunwürdigkeit von Niedriglöhnen
4. Bestandsschutz für soziale Hilfen
5. in Gemeinsamkeit streiten.



Foto: bmas.bund

Dr. Wolfgang Gern

Im Anschluss an die Eröffnungsrede wurden geförderte Projekte vorgestellt. In Diskussionsrunden sprachen prominente Botschafter, die das Europäische Jahr 2010 unterstützen – darunter Prof. Jutta Allmendinger (Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung), Pastor Bernd Siggelkow (Kinder- und Jugendwerk „Die Arche“), Reinhold Beckmann (Journalist) und Imke Duplitzer (Fechterin).

Bundesministerin Ursula von der Leyen, die aufgrund einer Parlamentsdebatte verspätet erschien und der Veranstaltung nur kurz beiwohnen konnte, ging in ihrer Rede auf die aktuelle Hartz-IV-Debatte ein. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) würdigte sie als „weise“, äußerte sich jedoch ausschließlich zu den Herausforderungen in Bezug auf Kinder. Sie betonte, neben Geld- und Sachleistungen bedürfe es verstärkt Dienstleistungen „von Mensch zu Mensch“. Sie deutete an, man wolle hierbei nicht nur Hartz-IV-Bezieher, sondern auch Niedrigverdiener einbeziehen.

Abgrenzung von der einseitigen Debatte um Hartz-IV-Missbrauch

Mit Nachdruck grenzte sich die Ministerin von der einseitigen Debatte um Hartz-IV-Missbrauch ab, ohne Minister Westerwelle jedoch direkt anzusprechen. Sie forderte, man müsse endlich „den Schleier der Verallgemeinerung“ wegreißen und sachlich an der Umsetzung des BVerfG-Urteils arbeiten.

Während der gesamten Veranstaltung blieb die Perspektive einer „individualisierten Armutssituation“ vorherrschend. Dies kommt auch in der Auswahl der Projekte



Foto: fuxart/fotolia

Die Debatte um Armut und ihre Bekämpfung sollte auch als Debatte um Verteilungsgerechtigkeit geführt werden.

zum Ausdruck, die eher auf konkrete Hilfen für Betroffene fokussieren, nicht aber strukturelle Bedingungen für Armut (Ausgrenzungen im Bildungssystem, Ausweitung des Niedriglohnsektors, Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen bezogen auf berufliche Teilhabe etc.) aufgreifen. Die Debatte um Armut und deren Bekämpfung sollte auch als Debatte um Verteilungs-

gerechtigkeit und sozialstaatliche Verantwortlichkeit geführt werden. Dies gelte auch und gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese durch den SoVD eingebrachte Forderung wurde in der Diskussionsrunde im Plenum aufgegriffen. In weiteren Gesprächen, insbesondere im Deutschen Behindertenrat, wird der SoVD die Diskussion hierüber fortsetzen. ct

Telekom reserviert drei von zehn Führungspositionen für Mitarbeiterinnen

Die Frauenquote kann sich lohnen

Die Deutsche Telekom will in den kommenden fünf Jahren dafür sorgen, dass 30 Prozent der oberen und mittleren Führungspositionen mit Frauen besetzt werden. Eine verpflichtende Quotenregelung wurde bisher von Politik und Wirtschaft abgelehnt und auch viele gut ausgebildete Frauen stehen ihr eher kritisch gegenüber. Dabei kann sich der Einsatz weiblicher Führungskräfte für das Unternehmen durchaus lohnen.

Freiwillige Verpflichtungen haben in den Chefetagen deutscher Firmen bisher nicht für mehr Gleichberechtigung gesorgt: Unter den 50 größten Unternehmen kann allein Siemens ein weibliches Vorstandsmitglied vorweisen. Vernichtend auch das Ergebnis einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), wonach die Frauenquote in den Vorständen der 100 größten Unternehmen in Deutschland bei unter einem Prozent liegt.

Sind Frauenquoten undemokratisch?

Der Gedanke, Frauen die Teilhabe an Politik und Gesellschaft über eine Quotenregelung zu ermöglichen, stammt aus den Achtzigerjahren und erwies sich bereits damals als überaus umstritten. Ein häufiger Vorwurf lautet auch heute noch, Frauenquoten würden dem Grundgedanken der Demokratie widersprechen. Stattdessen solle allein die Leistung entscheiden. Auf diesem Weg würde dann automatisch der am besten geeignete Mann bzw. die am besten geeignete Frau den Job bekommen. „Quotenfrau“ wurde mittlerweile zu einem Vorwurf, dem sich auch viele qualifizierte Frauen nicht unbedingt aussetzen wollen.

Sind Frauen einfach schlechter ausgebildet?

Thomas Sattelberger ist Personalvorstand bei der Telekom und würde sich verbindliche Vorgaben vonseiten der Politik wünschen. Denn offensichtlich spiegelt der Arbeitsmarkt die Realität nur verzerrt wider. Sattelberger zufolge seien rund 60 Prozent der Absolventen

wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge Frauen – eine Zahl, die in krassem Widerspruch steht zu der Besetzung von Führungspositionen. An einer fehlenden Qualifikation liegt es somit also offensichtlich nicht.

Weibliche Führungsqualitäten als Ausweg aus der Krise?

Die Gründe für die mangelnde Repräsentanz von Frauen sind vielfältig. Zum einen fürchten Männer möglicherweise die weibliche Konkurrenz, zum anderen scheuen Frauen in letzter Instanz häufig selbst den Griff nach der Macht. Denn dieser bedeutet bei den herrschenden Strukturen häufig einen kompletten Verzicht auf Kinder und Familie. Dabei kommt die Unternehmensberatung McKinsey in einer Studie zu einem interessanten Ergebnis:

Unternehmen mit einem höheren Frauenanteil auf der Vorstandsebene haben gleichzeitig auch bessere Chancen, die aktuelle Wirtschaftskrise zu überstehen, da weiblicher Führungsstil eher darauf ausgelegt sei, Mitarbeiter zu inspirieren und Erwartungen klar zu definieren.

Frauenquote kann eine „notwendige Krücke“ sein

Zu den Plänen der Telekom hat sich auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) geäußert. Sie sei früher selbst eine vehemente Gegnerin jeder Quotenregelung gewesen, erkenne jedoch in manchen Fällen die Frauenquote als eine „notwendige Krücke“ an. Bleibt demnach zu hoffen, dass der Patient Frauenförderung möglichst bald erfolgreich ohne Krücken laufen kann. jB



Foto: Stephen Coburn/fotolia

Ob Vorstandsmitglied im Unternehmen oder Vorgesetzte in der Firma, in Führungspositionen sind Frauen noch immer eher eine Ausnahme.

Neues Erscheinungsbild

Sehr geehrte Mitglieder, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Monaten haben wir in der SoVD-Zeitung zahlreiche Veränderungen umgesetzt. Dabei haben wir uns – vor allem auf den hinteren Seiten – um eine klarere inhaltliche Gliederung bemüht. Die stärkere Rubrizierung hat ihren Ausdruck in entsprechenden Layout-Anpassungen gefunden. Dafür haben wir von Ihnen vielfach positive Rückmeldung erhalten, für die wir Ihnen an dieser Stelle gerne danken möchten.

Sie haben es auf den ersten Blick gesehen: Mit der April-Ausgabe hat auch die Titelseite ein neues Gesicht erhalten. Ziele sind eine bessere Leseführung und ein frischeres Erscheinungsbild. Die Anpassung des Logos und andere Schrifttypen sorgen für eine stärkere Prägnanz. Gleichzeitig ermöglicht der geänderte Titelkopf eine bessere Platzierung von Inhalten und Bildelementen über dem sogenannten „Bruch“ (der Seitenmitte). Die Schwerpunkte der jeweiligen Ausgaben werden wir künftig in der rechten Außenspalte anreißen.

In der Hoffnung, dass Sie das neue Erscheinungsbild überzeugt, wünschen wir Ihnen eine interessante und informative Lektüre der Osterausgabe der SoVD-Zeitung.

Ihre Veronica Sina
Redaktionsleiterin

SoVD-Fachtagung

Voneinander lernen statt voneinander trennen

Der SoVD setzt sich sehr für das gemeinsame Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder ein. Deshalb organisiert der SoVD am 5. Mai eine Fachtagung zur inklusiven Bildung in Hannover: Wissenschaft, Politik, aber auch Schulen und Betroffene werden gemeinsam diskutieren, welche Chancen die inklusive Bildung bietet und wie sie in Politik und Praxis gelingen kann. Die Tagung wird vom SoVD-Bundesverband und vom SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. gemeinsam durchgeführt. Nähere Informationen zur Veranstaltung auch im Internet auf www.sovd.de. Dort steht auch das SoVD-Positionspapier „UN-Konvention umsetzen – Inklusive Bildung verwirklichen“ zur Verfügung.

Aufgrund der begrenzten Plätze ist eine Teilnahme nur nach vorheriger Anmeldung möglich. Bitte richten Sie diese bis zum 23. April an den SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V., Herschelstraße 31, 30159 Hannover, Tel.: 0511/7014837, E-Mail: elke.skupsch@sovds.de.